



Nordstr. 70
18107 Elmenhorst
Telefon 0381 51 053 00
Mobil 0177 35 760 35
Mail arno.reis@kabelmail.de

www.agrar-mv.de
Steuer-Nr. 079/261/09280

Das Wissen um die Agrarstruktur

Manuela Schwesig sagte in der NDR Story – „Wem gehört das Ackerland? Der Preiskampf um den Boden“ vom 10. November 2025 symptomatisch für sachfremde Aussagen in den Neuen Bundesländern „Wir haben zunehmend Unternehmen, die als Kapitalanlage von außen Böden aufkaufen zu hohen Preisen den ein Landwirt sich nicht mehr leisten kann.“

Als Ministerpräsidenten eines klassischen Agrarlands steht sie offensichtlich nicht im Thema und bedient sich der üblichen sachfremden Platitüden. Bekanntlich gibt es ein Grundstücksverkehrsgesetz, das verhindert, daß die von ihr erwähnten Kapitalanleger keine hunderte von Hektar kaufen können, um den Landwirten die Ätsch-Nase zu zeigen. In der NDR-Story wird übrigens der Anteil der gehandelten Flächen in 2024 in MV mit 4.500 ha richtig benannt – das sind 0,35 % der Gesamtfläche. Die Preise lagen sogar um 8 % niedriger im Vergleich zu 2023 – von wegen sich nicht mehr leisten können.

Wenn Investoren „von außen“ kaufen, und ähnliches hört man aus fast allen Neuen Bundesländern, dann klingt das verdächtig nach Blut und Boden, nach Bauernland in Bauernhand. Sollen diese Zeiten zurückkehren?

Weiterhin sagte sie: „Landwirte spielen im ländlichen Raum eine große Rolle, auch im gesellschaftlichen Leben. Die meisten Landwirte sind in der Feuerwehr engagiert, im Gemeinderat. Die Landwirte unterstützen die Sportvereine. Wirkliches Leben ohne Landwirtschaft ist nicht vorstellbar.“ Eine Platitüde, die für alle Landwirte gilt – sowohl für die schon immer ortsansässigen als auch für zugezogene. Negative Extremfälle gibt es auf beiden Seiten.

Vielleicht meinte Frau Schwesig die Share Deals. Was sie nicht verstanden hat – und damit steht sie nicht allein –es wird kein Agrarland gekauft, sondern Geschäftsanteile. Kritiker sehen darin ein Schlupfloch: Wer sich in einen Agrarbetrieb einkauft, erhält über den Betrieb Zugriff auf Flächen ohne die Beschränkungen des Grundstücksverkehrsgesetzes. Wenn

Betriebe mit 1.000 oder 2.000 ha LN, davon 50 % und mehr Eigentumsfläche, zum Verkauf stehen, dann werden locker Preise zwischen 15 und 40 Mio € aufgerufen. Wer das bezahlen bzw. bankübliche finanzieren kann, will und muß eine angemessene Rendite erwirtschaften und das geht nur mit einer Top-Landwirtschaft. Mit Verlusten würde das Agrarland immer teurer und läge weit über dem Marktwert. Eine Fehlinvestition.

Ob Anteilskäufe stärker reguliert werden können - etwa durch Meldepflichten oder Obergrenzen, ist ein Dauerbrenner. Möglich wäre ein Agrarstrukturgesetz auf Landesebene, das Anteilskäufe in bestimmten Konstellationen einhegt oder zumindest transparenter macht. Aber alle Bundesländer, die das bisher versuchten, haben sich blutige Nasen geholt, denn dahinter steht die Abschottung geographischer Regionen. Motto: Zuzug, Kapitaleinsatz, neue unternehmerische Ideen, Leistungswettbewerb sind unerwünscht.

Übrigens: die Frage des Agrarlands und der Bezahlbarkeit des Betriebs, der entfallenden Verkaufsnotwendig zwecks echter Rente der Mitglieder ließe sich auch heute noch auf betrieblicher Ebene ohne Zwang von außen lösen. Wenn man will.